

# Flüchtlinge in Deutschland

In den vergangenen Wochen bestimmte die Flüchtlingsdebatte das politische Geschehen in Berlin und zeigte uns allen auf, wie wichtig es ist, dass Europa gemeinsame Lösungen zur Bewältigung dieser enormen Herausforderungen findet. Auch in unserem Wahlkreis kommen Flüchtlingszüge regelmäßig an und wir müssen relativ schnell unsere Unterbringungskapazitäten aufstocken.

Die Hilfsbereitschaft der Menschen ist überwältigend und ein Zeichen dafür, dass wir zu unseren europäischen Werten stehen und solidarisch handeln, wenn es darum geht, Leben zu retten. Ich konnte mich in Uelzen, Celle aber auch auf dem Hauptbahnhof in Hamburg davon überzeugen, mit welchem Engagement und mit welcher Professionalität sich diese Zufallsgemeinschaften organisieren. Meine Hochachtung und mein Dank gilt ihnen allen!

Mit der Zeit kommen aber die Ehrenamtlichen wie auch die Länder und Kommunen an das Ende ihrer Belastbarkeit, die Anzahl der ankommenden Flüchtlinge nimmt stetig zu und ein Ende ist nicht abzusehen. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass außerhalb Europas die Versorgung der Flüchtlinge weitaus problematischer ist. Insbesondere die Situation in den Camps in der Türkei aber auch im Nordirak ist gekennzeichnet von Mangelversorgung, Perspektivlosigkeit und nicht erfüllten Zusagen von Bildung und Sicherheit. Ich werde auch dieses Jahr wieder dort hinreisen und unserer Regierung davon berichten - auch mit der Hoffnung, dass sich die Staatengemeinschaft dort mehr engagiert.

Um allen Beteiligten etwas Zeit zu verschaffen hat sich die Regierungskoalition für verstärkte Grenzkontrollen insbesondere an der Grenze zu Österreich ausgesprochen. Länder und Kommunen müssen die Aufnahmeverfahren in geordnete Bahnen lenken und sich um die sichere Unterbringung der Flüchtlinge vor Ort kümmern. Grenzkontrollen sind nicht gleichzusetzen mit Grenzschließungen. Es geht einzig und allein darum, die Registrierung der Flüchtlinge vor Ort vorzunehmen und Länder und Kommunen bei dieser Aufgabe zu entlasten, nicht darum, Menschen an der Grenze abzuweisen wie z.B. Ungarn oder Dänemark es tun. Europa ist eine Solidargemeinschaft. Es kann nicht sein, dass überwiegend Deutschland, Schweden und Österreich Verantwortung übernehmen. Das ist nicht im Sinne der europäischen Gemeinschaft. Daher setze ich mich für einen gerechten Verteilungsschlüssel innerhalb der Europäischen Union ein. Eine gemeinsame Lösung ist unausweichlich. Nur wenn ganz Europa Verantwortung übernimmt, können wir zu einer nachhaltigen und menschenwürdigen Behandlung der Menschen kommen, die bei uns Schutz und eine Zukunft für sich und ihre Familien suchen - unabhängig davon, dass sie nicht alle bleiben können.